

Inhaltsverzeichnis

A. Ehrenamtliche Tätigkeit und kommunales Mandat	1
I. Ehrenamtliche Tätigkeit und kommunale Selbstverwaltung	1
1. Allgemeines	1
2. Arten ehrenamtlicher Tätigkeit im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung	3
a. Ehrenamt und schlicht-ehrenamtliche Tätigkeit	3
b. Die Ehrenbeamten	4
c. Heranziehung zu persönlichen Diensten gemäß § 22 HGO	5
II. Die kommunalen Mandatsträger	5
B. Die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen	9
I. Allgemeines	9
II. Der Grundsatz der Unentgeltlichkeit	11
C. Überblick über die Entschädigungsregelungen für ehrenamtlich Tätige im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung in Hessen seit 1949	14
D. Die Anspruchsvoraussetzungen für die Entschädigung kommunaler Mandatsträger	17
I. Entschädigung nur in Zusammenhang mit der Mandatswahrnehmung	17
II. Der die Entschädigungspflicht auslösende Tatbestand	17
1. Der Entschädigungsfall bei sitzungsbezogener Gewährung von Entschädigungen	18
2. Der Entschädigungsfall bei zeitbezogener Pauschalentschädigung ..	19
III. Mitwirkung innerhalb der kommunalen Gremien und Entschädigungsanspruch	20
1. Entschädigung und Mitgliedschaftsrechte; Teilnahmepflicht	20
2. Entschädigung und Mitberatungsrechte	21
3. Entschädigung und Anwesenheitsrecht	22
IV. Tätigkeit außerhalb der kommunalen Gremien	23
1. Allgemeines	23
2. Fraktions Sitzungsentschädigung	26
E. Der Verdienstausfallersatzanspruch nach § 27 I HGO	28
I. Der Begriff des Verdienstausfalls	28
II. Die dem Verdienstausfall zugrunde liegende Tätigkeit	30
1. Haupt- und nebenberufliche Tätigkeit	30
2. Voraussetzungen der Gewährung von Verdienstausfallentschädigung bei Nebentätigkeiten	32
3. Verdienstausfall bei Überstunden sowie Schicht- und Gleitzeit ...	34
III. Der Umfang des Verdienstausfallersatzes	35
1. Allgemeines	35
2. Indirekte Lohn- und Gehaltsbestandteile	37
3. Sonstige Nachteile außerhalb des Verdienstes	38
IV. Die zeitliche Komponente des Verdienstausfallersatzes	39
1. Beginn des Verdienstausfallersatzanspruchs	39
2. Ende des Verdienstausfallersatzanspruchs	40

V.	Der pauschalierte Verdienstausfallersatz nach § 27 I 2 HGO	40
	1. Sinn und Zweck	40
	2. Festsetzung	41
	a. Festsetzung des Durchschnittssatzes	41
	b. Maßstäbe	42
	3. Zeitliche Beschränkung der Pauschalentschädigung nach § 27 I 4 HGO	44
VI.	Die Hausfrauenpauschale nach § 27 I 2, 3 HGO	45
	1. Sinn und Zweck	45
	2. Der Hausfrauenbegriff der HGO	47
	a. Allgemeines	47
	b. Das neben der Hausfrauentätigkeit erzielte Einkommen als Maßstab für die Gewährung der Hausfrauenpauschale	48
	aa. Die herrschende Ansicht: Hausfrauenpauschale nur bei keinem bzw. geringem Einkommen	48
	bb. Die Bewertung einzelner Einkünfte nach der herrschenden Ansicht	49
	cc. Die Kritik von Birkenfeld-Pfeiffer/Gern, Foerstemann und Stargardt: Das „Geringfügigkeitskriterium“ als ungeeigneter Maßstab	51
	c. Das untaugliche Kriterium des Einkommens und notwendige Erweiterungen des Hausfrauenbegriffs der HGO	52
	d. Präzisierung des Hausfrauenbegriffs nach der HGO	56
	aa. Haushaltsführung für Dritte	56
	bb. Hausfrauentätigkeit außerhalb der Familie	57
	e. Festsetzung der Hausfrauenpauschale	58
	3. Geltung des § 27 I 4 HGO für die Hausfrauenentschädigung	58
VII.	Die konkrete Abrechnung nach § 27 I 5 HGO	60
	1. Die Wahlmöglichkeit nach § 27 I 5 HGO	60
	2. Die Erstattung der Kosten einer Ersatzkraft zur Betreuung von Kindern, Alten, Kranken und Behinderten gemäß § 27 I 5 2. HS. HGO	61
	3. Der Ersatz der Kosten für eine Vertretungskraft gemäß § 27 I 5 HGO	61
	a. Kostenersatz für die Vertretung bei der Haushaltsführung	61
	b. Kostenersatz nach § 27 I 5 2. HS HGO zusätzlich zum Durchschnittssatz?	63
VIII.	Der Nachweis der Anspruchsberechtigung	64
	1. Pauschalentschädigung nach § 27 I 1, 2 HGO	64
	a. Umfang der Nachweispflicht	64
	b. Umfang der Nachweispflicht bei der Hausfrauenentschädigung	66
	2. Einzelfallabrechnung nach § 27 I 1, 5 HGO	66
	a. Der Nachweis bei Arbeitnehmern und Angestellten	66
	b. Der Nachweis bei Selbständigen	67
IX.	Die Abrechnung des tatsächlichen Verdienstausfallersatzes bei Arbeitnehmern	69
F.	Der Fahrkostenersatz nach § 27 II HGO	71
	I. Entstehung der jetzigen Regelung	71
	II. Verhältnis des Fahrkostenersatzanspruchs nach § 27 II HGO zum sonstigen Auslagenersatz gemäß § 27 III HGO	71
	III. Der Fahrkostenbegriff	72
	IV. Abgrenzung des § 27 II HGO zu reisekostenrechtlichen und anderen Erstattungsregelungen	73
	V. Der Umfang der zu erstattenden Kosten	74
	1. Fahrkosten bei Anfahrt von einem auswärtigen Aufenthaltsort zu Sitzungen der kommunalen Vertretungsorgane	75
	2. Fahrkosten bei Anfahrt zu sonstigen Veranstaltungen	79

3. Innerörtliche Fahrkosten	79
4. Das Notwendigkeitskriterium als ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal für den Fahrkostenersatzanspruch nach der HGO	80
5. Das Verkehrsmittel	83
VI. Festsetzung des Fahrkostenersatzes	84
1. Allgemeines	84
2. Berechnung der Fahrkosten	85
a. Allgemeines	85
b. Anrechnung ersparter Aufwendungen	87
3. Fahrkostenersatz bei Fraktionssitzungen	87
4. Nachweis der Fahrkostenaufwendungen und Nachprüfbarkeit der Fahrkostennachweise durch die Verwaltung	88
G. Die Aufwandsentschädigung nach § 27 III HGO	89
I. Begriff und Funktion der Aufwandsentschädigung	89
1. Definition	89
2. Sinn und Zweck	90
3. Die Arten der Aufwandsentschädigung nach § 27 III HGO; begriffliche Abgrenzung	94
II. Voraussetzungen für die Gewährung einer Aufwandsentschädigung	94
1. Allgemeines	94
2. Einzelfragen	95
a. Doppelentschädigung bei mehreren kommunalen Mandaten	95
b. Doppelentschädigung bei Teilnahme an nur einer Sitzung in mehrfacher Funktion	96
c. Mehrfachentschädigung bei mehreren Sitzungen an einem Kalendertag	97
d. Mehrfachentschädigung bei Sitzungsunterbrechung und Fortsetzung an einem anderen Kalendertag	97
e. Mehrfachentschädigung bei Mitgliedschaft in anderen Gremien	98
f. Mehrfachentschädigung bei Teilnahme von Mandatsträgern, die nicht Mitglied des Gremiums sind	98
III. Die Festlegung der Aufwandsentschädigung	100
1. Allgemeines	100
2. Arten der Aufwandsentschädigung	101
3. Bemessung der Aufwandsentschädigungssätze nach § 27 III HGO	103
a. Allgemeines	103
b. Zulässigkeit dynamischer Verweisungen	103
4. Satzungsmäßige Festlegung der Aufwandsentschädigung	106
IV. Die erhöhte Aufwandsentschädigung für besondere Funktionsträger nach § 27 III 3 HGO	106
1. Allgemeines	106
2. Erhöhte Aufwandsentschädigung für Ortsvorsteher	108
3. Erhöhte Aufwandsentschädigung für Ausschußvorsitzende	108
4. Erhöhte Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Beigeordnete	109
5. Erhöhte Aufwandsentschädigung für den Vorsitzenden der Gemeindevertretung und seine Stellvertreter	109
6. Erhöhte Aufwandsentschädigung für Fraktionsvorsitzende	110
a. Allgemeines	110
b. Differenzierte erhöhte Aufwandsentschädigungen für Fraktionsvorsitzende	111
c. Erhöhte Aufwandsentschädigung für den "Vorsitzenden" der Ein-Mann-Fraktion	113
7. Erhöhte Aufwandsentschädigung für sonstige Stellvertreter, insbesondere stellvertretende Fraktionsvorsitzende	114
8. Die Festsetzung der Funktionsträgerentschädigung in der kommunalen Entschädigungssatzung	115

V.	Maßstäbe für die Bemessung der Aufwandsentschädigung	116
	1. Höchstsatzregelungen nach § 27 III 4 HGO.....	116
	2. Angemessenheit der Aufwandsentschädigung.....	116
	3. Die Bemessung der erhöhten Aufwandsentschädigung nach § 27 III 3 HGO	118
H.	Die Fraktionssitzungsentschädigung nach § 27 IV HGO	119
I.	Begriff	119
II.	Abgrenzung der Fraktionssitzungsentschädigung des kommunalen Mandatsträgers nach § 27 IV HGO von den kommunalen Zuwendungen an Fraktionen nach § 36 a IV HGO	120
III.	Fraktionssitzungsentschädigung bei allen Fraktionszusammenkünften?	121
IV.	Die Fraktionssitzungsentschädigung der Ein-Mann-Fraktion	122
V.	Fraktionssitzungsentschädigung für Mitglieder des Gemeindevorstands gemäß § 36 a I 5 HGO	122
VI.	Teilfraktionen und Entschädigung gemäß § 27 IV 2 HGO	124
VII.	Entschädigung weiterer Fraktionsmitglieder	124
VIII.	Die Begrenzung der Entschädigungspflicht gemäß § 27 IV 3 HGO	125
	1. Allgemeines	125
	2. Wahlrecht der Mandatsträger bei Erfüllung der Höchstzahl	126
	3. Maßstab für die Höchstzahlregelung.....	127
	4. Die Festlegung der Aufwandsentschädigung nach § 27 III HGO für Fraktionssitzungen.....	127
IX.	Aufsichtsbehördliche Kontrolle der Fraktionssitzungsentschädigung ..	128
I.	Sicherung der Mandatsausübung gemäß § 35 a HGO und Entschädigung ..	129
J.	Der Freistellungsanspruch gemäß § 35 a IV 1 HGO	131
I.	Der Anspruch auf Gewährung von zusätzlichem Urlaub nach § 35 a IV 2 HGO	133
II.	Die Gewährung der Entschädigung bei Freistellung und zusätzlichem Urlaub	134
K.	Weitere Entschädigungsleistungen für kommunale Mandatsträger	135
I.	Allgemeines	135
II.	Auslagenersatz für Gerichts- und Anwaltskosten im Kommunalverfassungsstreitverfahren	136
III.	Ausblick: Notwendigkeit einer Teilalimentation kommunaler Mandatsträger, insbesondere in größeren Kommunen	138
L.	Die Willensbildung der Kommunalvertretung bezüglich der Festlegung von Entschädigungsleistungen	141
I.	Beschlußverfahren als vertretungsinterne Angelegenheit	141
II.	Regelung durch Satzung	141

III. Die Beschlußfassung in der Gemeindevertretung	143
1. Der unmittelbare Vor- oder Nachteil i.S.d. § 25 I 1 Nr. 1 HGO bei der Beschlußfassung über die Entschädigungsregelung	143
2. Die Entscheidung über die erhöhte Aufwandsentschädigung für besondere Funktionsträger nach § 27 III 3 HGO.....	145
M. Die aufsichtsbehördliche Kontrolle der Entschädigungsregelung	146
N. Der Anspruch auf Rechnungslegung und Auszahlung	147
O. Rechtsweg und Verjährung	149
P. Versagung, Kürzung und Rückforderung von Entschädigungsleistungen .	151
I. Entschädigung und Ausschluß wegen Widerstreits der Interessen	151
II. Entschädigung und Sitzungsausschluß	151
III. Die Kürzung der Entschädigung	152
IV. Rückforderung von Entschädigungsleistungen	152
V. Ausschluß der Übertragung und des Verzichts auf Entschädigung gemäß § 27 V HGO	153
Q. Entschädigung im Steuerrecht	155
R. Die Behandlung der Entschädigung kommunaler Mandatsträger in der Zwangsvollstreckung	157
I. Verdienstausfall	157
II. Aufwandsentschädigung	157
III. Fahrkosten.....	159
S. Entschädigung im Unterhaltsrecht	160
I. Verdienstausfall und Fahrkostenersatz	160
II. Aufwandsentschädigung	160
Anhang	163
I. Überblick über die Entschädigungsregelungen für kommunale Mandatsträger in anderen Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland	163
1. Baden-Württemberg	163
2. Bayern	164
3. Brandenburg	165
4. Mecklenburg-Vorpommern	165
5. Niedersachsen	166
6. Nordrhein-Westfalen	167
7. Rheinland-Pfalz	168
8. Saarland	169
9. Sachsen	170
10. Sachsen-Anhalt	170
11. Schleswig-Holstein	171
12. Thüringen	172
II. Untersuchung zur Entschädigung kommunaler Mandatsträger in Hessen.....	173
1. Ziel der Untersuchung.....	173
2. Ergebnisse der Untersuchung.....	174
3. Tabellarische Darstellung der Umfrageergebnisse.....	177
Literaturverzeichnis	183
Verzeichnis der zitierten Entscheidungen.....	192